

26. September 2010

Antrag

**der Mitglieder der Bezirksversammlung
Thomas Ritzenhoff, Anja Quast, Uwe Lohmann,
Ortwin Schuchardt, Regina Jäck, Lars Kocherscheid, Lars Pochnicht,
André Schneider, Rainer Schünemann (SPD) und Fraktion**

Keine Streichung bei den Bezirksamttern!

Seit Regierungsantritt der CDU und der von ihr geführten Senate waren Einsparungen immer ein Thema. Stichworte sind Jesteburg 1 (2002) und Jesteburg 2 (2003). Nur die Bezirke haben die damals geforderten Einsparungen erbracht. Diese Disziplin hätte man sich bei der Verwirklichung der Wunschträume der CDU und ihrer Partner – zu nennen ist ausdrücklich die GAL, die sich ihre Koalitionstreue „erkaufen“ lässt – gewünscht.

Nun sollen die Bezirke neben den bereits aufgegebenen 18 Millionen Euro weitere 10,294 Millionen Euro erbringen. Über die zu erwartenden Streichungen wurde vor zwei Wochen heftig spekuliert. Der Versuch des Finanzsenator und seines Staatsrates, die Verantwortung für diese Vorschläge den Bezirken zuzuschieben, ist kläglich gescheitert und als Sagen der Unwahrheit entlarvt.

In der Pressemitteilung von 22.09.2010 hat der Senat nur ausgeführt, dass der bezirkliche Beitrag durch Straffung und Neukonzeption behördlicher Abläufe und zum anderen durch Änderung der Einnahmesituation erbracht werden solle. Was dies bedeutet, wurde bis Freitag geheim gehalten. Nun liegt diese Liste vor.

Festzuhalten ist zunächst, dass sehr wohl wieder Einschnitte im sozialen Bereich vorgenommen werden. Neukonzeption der Seniorenberatung, Neukonzeption schulärztlicher Dienste, Verzicht auf Teilleistungen im Bereich Kommunales Gesundheitsmanagement sowie Überprüfung und Neuorientierung bezirklicher Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit stehen für erhebliche Einschnitte in diesem Bereich. Insbesondere die Einsparvorgabe im Bereich kommunaler Kinder- und Jugendarbeit von insgesamt zwei Millionen Euro in vier Jahren sind erheblich und bedeuten den Verlust mehrerer Einrichtungen.

Ausweitung der Einnahmen des BOD (Bezirklicher Ordnungsdienst) sind Wunschträume, zumal nicht erkennbar ist, ob damit die Übertragung von Personal verbunden ist. Der BOD im jetzigen Zuschnitt wird dies nicht leisten können.

Die Position „Erhöhung globaler Minderausgaben“ bedeutet nichts anderes als das Recht der Fachbehörde, die Rahmenduweisung des Bezirksamtes ohne Begründung zu kürzen.

Entscheidend ist jedoch, dass über die Hälfte des Sparbeitrages die Bezirksversammlung erbringen soll, in dem die Gelder aus den Anreizsystemen bei der Fachbehörde verbleiben. Einen Vorgeschmack gab es durch die Mitteilung, dass der Staatsrat Jäger einfach über eine Million Euro aus dem Anreizsystem Förderfonds Bezirke für 2010 nicht an die Bezirke „auszahlt“, sondern als globale Minderausgabe einbehält. Es ist ein Skandal, dass hier eigenmächtig ohne Rücksprache mit den betroffenen Gremien eine Entscheidung gefällt wird. Die Zahlungen sind Bestandteil einer Zielvereinbarung, mit anderen Worten: ein „Vertragspartner“ ist „vertragsbrüchig“ geworden.

Völlig abwegig ist der Vorschlag vor dem Hintergrund, dass mit diesen Geldern in der Regel der Verwaltung zur Seite gesprungen wurde: Renovierung des HdJ Farmsen, Zuschuss für den Ostpreußenplatz, Tourismuskonzept des Bezirkes, Konzept Saseler Markt oder Bramfelder Kulturinsel, Verlegung der Platten im Puvogelgarten oder vor dem Bezirksamt, Erneuerung der Holzbrücke über die Wandse, Bekämpfung der Herkulesstaude und vieles mehr. Völlig aberwitzig ist die Situation beim Bezirksamt selbst: Da wird das Gebäude verkauft, der Erwerber muss aber nicht die BID-Abgabe zahlen; dies zahlt die Bezirksversammlung Wandsbek.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung Wandsbek:

1. Die Bezirksversammlung Wandsbek lehnt die nunmehr vorgesehen Einsparmaßnahmen der Bezirke (Einzelpläne 1.2 bis 1.8) ab.
2. Die Bezirksversammlung Wandsbek empfiehlt der zuständigen Fachbehörde, die anderen Fachbehörden zur Einhaltung der seit 2002 beschlossenen Sparmaßnahmen aufzufordern und sieht von weiteren Sparmaßnahmen bei den Bezirken ab, solange nicht alle Fachbehörden die bereits beschlossenen Sparmaßnahmen erbracht haben.
3. Die Bezirksversammlung Wandsbek empfiehlt der zuständigen Fachbehörde, die bezirklichen Anreizsysteme uneingeschränkt beizubehalten.